

**Udo Voigt, Dipl.sc.pol.**  
NPD-Parteivorsitzender

Von sozialer Marktwirtschaft ist hierzulande nichts mehr übrig geblieben. Wir erleben den Kapitalismus pur. In der BRD wird abgezockt, was das Zeug hält: Vom Staat, von Managern, von Politikern, von Vorständen der Krankenkassen und Versicherungen. Das Volk blutet, und das Kapital kassiert! Die 30 größten deutschen börsennotierten Unternehmen steigern beständig ihre Gewinne, bauen Arbeitsplätze in Deutschland ab, während der Reallohn der Arbeitnehmer stetig sinkt. Man braucht kein Wirtschaftsexperte zu sein, um sich auszurechnen, daß der Gewinn sprung im Wesentlichen auf Lohndrückerei und Erhöhung des Leistungsdrucks auf die (Noch-)Beschäftigten sowie die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland zurückzuführen ist.

Kräftig plündern Staat und Kommunen das Volk aus. In den letzten zehn Jahren hat sich der Preis für Diesel und Benzin verdoppelt u.a. dank der Ökosteuer. Heizölsteuer und Strom unterlagen ebenso drastischen Erhöhungen infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Die Liste der staatlichen „Reformen“, die alles drastisch verteuern, läßt sich beliebig fortsetzen, wie die Gesundheitsreform, Gebührenerhöhung bei Wasser, Müll, der Nutzung öffentlicher Einrichtungen, wie Bäder, Busse, Nahverkehr, Kindergartenabgaben usw.

Deutschland wird von all denen kaputtgewirtschaftet, die heute Entscheidungsbefugnisse haben und „Abzockementalität“ besitzen und begünstigen. Steuergeschenke an die Industrie sollen durch Streichung der Eigenheimzulage oder der Kilometerpauschale gegenfinanziert werden. Beim kleinen Bürger, ja selbst bei den Arbeitslosen wird zugunsten der Subventionsgeschenke für die Industrie, für Beamten- und Ministergehälter kräftig abgezockt.

Dies geht jedoch nur solange, bis man die Verantwortlichen abstrafft. Mit der NPD ist dies möglich, denn NPD wählen oder unterstützen heißt Höchststrafe für die Altparteien.



**Mitmachen.  
Verändern.  
Handeln.**

**Sozial  
geht nur  
national.**

- Ich interessiere mich für Ihre Arbeit und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte Mitglieder der JN werden (ab 14 Jahre).
- Bitte senden Sie mir das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ zu (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).



Vorname

Name

Alter

Straße, Nr.

PLZ, Ort

ePost

Telefon

Es gibt nur einen Weg,  
den Menschen unseres  
Landes Sicherheit und  
Vertrauen wiederzugeben.

**Soziale  
Erneuerung**



„Sozial geht nur national“ ist eine gemeinsame Kampagne von NPD und JN. Alle Texte und Berichte zur Kampagne können im Weltnetz eingesehen werden:



[www.sozial-geht-nur-national.de](http://www.sozial-geht-nur-national.de)



030 - 650 110



NPD, Postfach 84 01 57, 12531 Berlin



parteizentrale@npd.de



npd.de

jn-buvo.de

Eine Kampagne von:



**Die Linke klebt sich ja gerne selbst das Etikett „sozial“ an die Brust. Völlig zu unrecht!** Das Volk ist für Die Linke gar nichts mehr! Alles wird nur noch vom „Einzelnen“ gesehen: seine Rechte sollen durchgesetzt werden, ganz gleich, ob er „Lust“ hat zu arbeiten, ganz gleich, was er kann und zu leisten bereit ist, ganz gleich, ob der Staat alle Ansprüche finanziell überhaupt noch erfüllen kann. „Bedingungsloses Grundeinkommen“ heißt die unwirkliche Utopie der Linkspartei. Der Staat soll zwar zahlen – aber ansonsten macht man sich wenig Gedanken über die Grundlagen des Staates und die Pflichten des einzelnen.

Die Wende-Opportunisten in der ehemaligen PDS sehen heute den „Staatssozialismus“ der DDR als Grundübel an – ein Irrtum. Nur der Staat kann sozialen Ausgleich schaffen! Aber wo der Staat „abstirbt“, da kann auch hemmungslos öffentliches Eigentum privatisiert werden, so die fragwürdige Logik der angeblichen „Sozialisten“. In Dresden beispielsweise wurde deshalb die Privatisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit Hilfe

der PDS durchgewunken. Die Linke ist heute nicht mehr als ein soziales Feigenblatt, eine Mogelpackung für die sozial Benachteiligten in unserem Volk, um den sozialen Protest zu kanalisieren und zu neutralisieren.

Einwanderung von Ausländern, bedingungsloses Grundeinkommen, Rauschgiftfreigabe, Selbstverwirklichung von Randgruppen auf Kosten der Allgemeinheit – das sind heute die wirklichen Anliegen der Partei Die Linke. Ausländer, Schwule, Lesben, Rowdys und Rauschgiftkonsumenten sind die bevorzugten Zielgruppen dieser angeblich „sozialen“ Politik.

Wir brauchen heute das Gegenteil: Konzepte, die für die Wirklichkeit taugen, echte Lösungen, die auch eine Verbesserung der sozialen Lage bringen: für die Allgemeinheit und die Schwächsten in unserem Volk. Mit utopischen Forderungen ist in Deutschland niemandem geholfen.

damit der Lohndrückerei Vorschub zu leisten, muß zukünftig Arbeit finanziert werden.

### **Der Staat – Garant der sozialen Gerechtigkeit**

Die Globalisierung ist heute das größte Problem: Export von Arbeitsplätzen ins Ausland und Import von Lohndrückern aus dem Ausland – Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis. Es gibt aber eine Alternative! Sichere Arbeitsplätze und annähernde Vollbeschäftigung kann es geben, wenn ein grundlegender Politikwechsel erfolgt. Einkommen müssen – genauso wie die Lasten – gerecht verteilt werden.

Ein Stopp der Lohndrückerei und ein gerechter Mindestlohn können durchgesetzt werden – wenn es einen handlungsfähigen ordnungspolitischen Rahmen gibt: den Nationalstaat. Nur dieser kann unsere Wirtschaft nach außen schützen und nach innen für Gerechtigkeit sorgen.

**Arbeit ist die Quelle unseres Wohlstandes. Nur Arbeit schafft Werte – keine Spekulanten, keine Konzernchefs und auch nicht der Markt.** Und: Arbeit ist genug da! Nur: Nicht jede Arbeit sichert den Konzernchefs Renditen von 25% und mehr. Deshalb gibt es heute das Problem der Arbeitslosigkeit.

Um diese maßlosen Renditen zu realisieren, werden Arbeitsplätze ins Ausland verlagert oder Lohndrücker aus dem Ausland nach Deutschland geholt. Mit der Zuwanderung soll die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erhöht und dadurch das Lohnniveau abgesenkt werden. Die Hartz IV-Gesetze – übrigens mit Stimmenthaltung der PDS beschlossen – sollen den Lohndruck nach unten zusätzlich erhöhen. So sinken die Reallöhne und Realrenten. Die Steuereinnahmen, das Bruttosozialprodukt und die Renditen der Konzerne steigen dagegen. Es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt – von den Blockparteien, einschließlich Die Linke gewollt und durchgesetzt. Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und

**Sozial geht nur national.**



**Gerechtigkeit statt Egoismus!**

**Warum die Linke heute nicht mehr sozial ist**



**Soziale Erneuerung**

**Solidarität heißt Miteinander**

**Arbeit ist soziale Grundlage!**

**Einer aktuellen Umfrage zufolge sieht die Mehrheit der Deutschen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als ungerecht an. Die Fakten geben der Mehrheit recht.**

Verteilungsgerechtigkeit zu fordern ist richtig; aber das ist an Voraussetzungen gebunden: Solidarität und Verantwortung! Beides braucht aber die Gemeinschaft – und die Gemeinschaft beruht auf Gemeinsamkeiten. Nur ein Volk kann im umfassenden Sinn eine Solidargemeinschaft sein. Nur so kann es eine Leitkultur der Gerechtigkeit geben!

Das Gegenteil davon erleben wir heute. Einzelinteressen bestimmen das Geschehen: der Starke setzt sich gegenüber dem Schwächeren durch. Das Einzelinteresse ist alles, die Allgemeinheit – das Volk – ist nichts. Der Egoismus wird zur allgemeinen Richtschnur des Handelns – im Privaten, in der Wirtschaft und in der Politik.

**Soziale Gerechtigkeit braucht die nationale Solidarität und hat ein lebendiges Gemeinschaftsbewußtsein zur Voraussetzung.** Deshalb ist der Kern des Sozialen die Entwicklung eines gesellschaftlichen Leitbildes, das die gemeinschaftsbildende Kraft der Persönlichkeit und nicht die asoziale Ellenbogenmentalität fördert. Die Sozialpolitik unserer Zeit darf sich nicht nur darauf beschränken, Schäden des Arbeitslebens zu heilen oder bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter Vorsorge zu treffen.

Moderne Sozialpolitik muß darauf ausgerichtet sein, jedem eine gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit zu ermöglichen. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sozialer Gerechtigkeit und volkswirtschaftlicher Vernunft entspricht, und die sich mit Macht dagegen stemmt, daß 20 Prozent der Bevölkerung in Saus und Braus leben, während für 80 Prozent der Alltag mehr und mehr zum Überlebenskampf wird.